



HESSISCHER LANDTAG

08. 10. 2024

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD**

Politische Bildung und Wertevermittlung als fester Bestandteil der schulischen Ausbildung wird stetig ausgebaut und weiterentwickelt

Der Landtag wolle beschließen:

1. Demokratie ist die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung, soziale Sicherheit und Wohlstand. Demokratie muss fortlaufend erlernt, gelebt, vorgelebt, geschützt und verteidigt werden. Freiheits- und demokratiegefährdende Ideologien müssen politisch und gesellschaftlich bekämpft werden. Der Demokratiebildung und -erziehung kommt durch das Erstarken populistischer, antisemitischer und extremistischer Kräfte eine wichtige Rolle zu. Demokratieprozesse sind Alltagsprozesse, die sich am besten durch frühzeitiges, eigenes Erleben erlernen lassen. Neben dem Elternhaus bieten vor allem Bildungseinrichtungen, wie Kitas, Schulen und Hochschulen eine entwicklungsbestimmende Umgebung, um demokratische Prozesse zu verinnerlichen.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass Schulen Orte der Wertevermittlung und demokratischen Partizipation sind, an denen die Bedeutung der Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes vermittelt und Werte wie Respekt, Toleranz und Solidarität gelebt werden. Der Landtag ist überzeugt, dass Schulen Orte der Demokratiebildung sein müssen, damit das Zusammenleben in einer demokratisch verfassten Gesellschaft gelingen kann.
3. Der Landtag stellt fest, dass politische Bildung eine fächerübergreifende Aufgabe ist. Der Landtag befürwortet insbesondere, demokratiepädagogische Angebote als Querschnittsaufgabe in den Curricula aller Schulformen zu verankern und das Erlernen demokratischer Prozesse durch das Instrument des Klassenrats auszuweiten. Der Landtag stellt fest, dass jede Schülerin und jeder Schüler im Laufe der Schulzeit intensiv Inhalte der demokratischen Bildung vermittelt bekommt und dass die Themen „Nationalsozialismus“ und „Shoa“ verpflichtend nach den Kerncurricula im Fach Geschichte in der Sekundarstufe I und II behandelt werden müssen.
4. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung auch Lern- und Erinnerungsorte außerhalb der Schulen fest in den Blick nimmt und diese in ihrer wichtigen Arbeit unterstützt. Hessische Schülerinnen und Schüler besuchen Parlamente, Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Museen, führen Gespräche mit Zeitzeugen und Parlamentsabgeordneten, durch die ihnen die deutsche Geschichte, die Grundlagen unserer Demokratie, aber auch die Gefahren, denen unsere Demokratie ausgesetzt ist, nähergebracht wird. In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag ausdrücklich, dass die Landesregierung die Kapazitäten der NS-Gedenkstätten und Erinnerungsorte ausweitet. Die Entscheidung über Gedenkstättenbesuche sollte bei den Schulen liegen. Flexible, an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientierte außerschulische Angebote können eine höhere Wirksamkeit erzielen.
5. Der Landtag ist überzeugt, dass die Landeszentrale für politische Bildung zu einer zentralen Bildungs- und Koordinierungsstelle mit umfassender fachlicher Expertise weiterentwickelt werden muss.
6. Der Landtag begrüßt, dass sich alle Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst — ganz gleich in welchem Lehramt sie ausgebildet werden — gemäß dem Kerncurriculum mit Demokratiebildung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen.
7. Der Landtag begrüßt die „Offensive zur Wertevermittlung“ des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen, die mit Beginn des Schuljahrs 2024/2025 verpflichtend in allen Intensivklassen in Hessen mit zwei Stunden pro Woche startete und zukünftig für alle Schülerinnen und Schüler weiter ausgebaut werden soll.

8. Der Landtag begrüßt das geplante Demokratiefördergesetz, das die Förderung der politischen Bildung, der Präventionsangebote und außerschulischer Projektpartner wie etwa des Fritz-Bauer-Instituts sicherstellt sowie die Melde- und Beratungsstellen und den Kampf gegen Antisemitismus in ihren Aufgaben und Strukturen verankert.
9. Der Landtag stellt fest, dass sich hessische Schülerinnen und Schüler auf vielfältige Weise für Europa und die europäische Idee engagieren und der Bedarf an modernen Beteiligungsformaten weiter hoch ist. Deshalb begrüßt er, dass die Landesregierung europäische Bildungsangebote unterstützt und ein neues Programm für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Zusammenarbeit mit den hessischen Partnerregionen auflegen wird, um internationale Begegnungen zu ermöglichen und zu intensivieren. Insbesondere für Lehrkräfte sollen Austauschprogramme und Lehrerfortbildungen zum Thema Europa angeboten werden, um dem Thema Europa im Rahmen der schulischen und beruflichen Ausbildung ein stärkeres Gewicht zu geben.
10. Der Landtag betont, dass Medienkompetenz und digitale Bildung essenziell sind, um junge Menschen gegen Desinformation und Extremismus zu wappnen. Ziel des Unterrichts ist es, Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, die Nutzung digitaler Medien kritisch zu reflektieren und politisch einzuordnen. Medienbildung, politische Bildung, Soziales Lernen und Werteerziehung sind Grundpfeiler für die Demokratiekompetenz.
11. Der Landtag begrüßt, dass das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen zur Stärkung der politischen Bildung an Schulen die Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren der Bundeswehr fortsetzt. Die Jugendoffiziere leisten mit ihrer Expertise einen wertvollen Beitrag, damit sich junge Menschen noch umfänglicher mit wichtigen sicherheitspolitischen Fragen auseinandersetzen können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Oktober 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert